



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Berlepsch, Rottenburg und Genossen. Der seit Monaten vorbereitete, jetzt in greifbarer Form öffentlich angekündigte Entschluß der Herren von Berlepsch, Rottenburg und Genossen, durch ein eignes Preßorgan, die von ihnen erworbne Soziale Praxis, für die „Fortführung der Sozialreform auf der Grundlage der kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890“ öffentlich zu wirken, ist sicher auch in dem Kreise der Grenzbotenleser mit Interesse begrüßt worden, freilich wohl nicht überall mit freudigem Interesse. Wir glauben, daß vorläufig einige Vorsicht bei der Beurteilung der neuen Genossenschaft geboten ist, daß kein Mensch heute weiß, auch die Genossen selbst nicht, was sie aus- und anrichten wird, daß sie manches gute leisten, aber auch viel schaden kann. Wiederholt haben wir unsre Überzeugung dahin ausgesprochen, daß von einem Bruch mit der Politik sozialer Reformen, zu der sich die Erlasse des Kaisers vom Februar 1890 als Fortsetzung der Sozialpolitik Kaiser Wilhelms I. bekannten, bisher nicht die Rede gewesen ist, und daß ein solcher Bruch, wenn er herbeigeführt würde, die schlimmsten Folgen für Volk, Staat und Thron haben müßte. Ebenso bestimmt haben wir es aber bestritten, daß die kaiserliche Sozialpolitik irgend etwas gemein habe mit den überspannten, einseitigen sozialistischen Träumen unsrer theoretischen Umstürzler oder mit der gehässigen Brunnenvergiftung der Sozialdemokratie. Die verhängnisvolle Ausbeutung der Februarerlasse in diesem Sinne konnte gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Wir haben es endlich wiederholt als unvermeidlich bezeichnet, daß dieser Mißbrauch der angeblichen Tendenz des sogenannten „neuen“ Kurses, das damit verbundene großmannsüchtige Eintreten für „die Sozialreform“ nach den unklaren Vorstellungen doktrinärer Querköpfe neuester Mode und das leichtfertige Schönthun mit der Sozialdemokratie bei einer großen Anzahl gebildeter, durch ihre Stellung und Lage zu ernsthafter, vorurteilsfreier, vorsichtiger Haltung verpflichteter Männer der sozialen und politischen Reaktion unendlich mehr Vorschub leistete, als Herr von Stumm und das preußische Junkertum jemals fertig gebracht hätten.

Aus diesen Überzeugungen heraus ergibt es sich von selbst, daß wir anerkennen, daß für das segensreiche Wirken der neuen Genossenschaft ein weites, dankbares, dringend der kräftigen Bearbeitung bedürftiges Feld vorhanden wäre. Wir wünschten nichts mehr, als daß unter der Führung hochgebildeter, unabhängiger, staatsmännisch reifer Männer durch öffentliches Einwirken auf die einsichtigen Kreise der Nation der kaiserlichen Sozialpolitik ein fester Halt gewonnen würde, sowohl nach links gegen den sozialistischen, wie nach rechts gegen den reaktionären Umsturz, gegen diese beiden sich für unsre nationale Zukunft leider nur allzu nahe berührenden Extreme. Aber bietet die neue sozialpolitische Genossenschaft die Gewähr für ein solches segensreiches Wirken? Berechtigt sie uns zu der Hoffnung, daß sie ein Bollwerk werden könne gegen sozialistische Verrantheit und reaktionären Eigennutz? Sind das die Leute, von denen wir die Heilung der krankhaften Unklarheit, Einseitigkeit, Zerfahrenheit in den sozialpolitischen Anschauungen der Massen erwarten dürfen? Wir müssen das vorläufig bezweifeln. Es ist nicht die bisherige Haltung des als Organ der neuen Genossenschaft erworbenen Blattes, der Sozialen Praxis, was uns dabei beeinflusst. Wir erkennen den Nutzen, den dieses Blatt bisher als Sammelstelle von Nachrichten über soziale und sozialpolitische Erscheinungen geleistet hat, bereitwilligst an, so wenig wir die Einseitigkeit, von der es im allgemeinen beherrscht wurde, als verträglich mit der ihm beigelegten wissenschaftlichen Bedeutung angesehen haben. Wer der Wahrheit die Ehre geben will, der muß doch zugeben,

daß eine ausgesprochen sozialdemokratische Strömung darin vorherrschte, und wer vertrauensselig aus ihm allein seine Belehrung schöpfen zu dürfen glaubte, der mußte sich in die Einseitigkeit dieser Richtung verrennen. Wir haben das an mehr als einem unserer Bekannten wahrgenommen. Aber das könnte ja die neue Genossenschaft als Eigentümerin ändern. Wird sie es wagen? Vielleicht, vielleicht auch nicht. Es gehört leider zu den modernen verkehrten Dogmen des Kreises, dem die Genossenschaftler, so weit uns bekannt ist, angehören, daß man um Gottes willen den sozialdemokratischen Unsinn und Unfug nicht so behandeln dürfe, wie er es verdient. Man spricht vielleicht davon als „bedauerlicher Begleiterscheinung“ der „großartigen sozialen Umwälzung“, die unsre Zeit die Mission habe durchzuführen, aber gegen die praktische Brunnenvergiftung, die die Sozialdemokratie mit ebenso großem Geschick wie Hochdruck unter unsern Arbeitern treibt, ist man blind oder stellt sich blind. Und doch ist eine offene, ehrliche, rücksichtslose Absage an die sozialdemokratische Agitation und Lehre — eine Trennung giebt es da nicht — unsern Trachtens die erste und unerläßlichste Vorbedingung dafür, daß die neue Genossenschaft klärend, heilend und segensreich wirken kann. Man braucht sich noch lange nicht für den Erlaß eines neuen Sozialistengesetzes zu begeistern, und man kann doch einsehen, welch ungeheuern Schaden es anrichten muß, wenn Männer, wie sie in der neuen Genossenschaft die Führung haben, den Wahn in den Arbeitermassen weiter und aufs neue fördern, als ob die sozialdemokratische Hezerei auch von den gebildeten, patriotischen Kreisen der Bevölkerung als etwas berechtigtes und nützlichcs anerkannt werden müsse. Da ist die reinlichste Scheidung ebenso nötig, wie gegenüber den viel ungefährlicheren, weil ungeschickteren Ausschreitungen, zu denen Göhre als national-sozialer Agitator gekommen ist und kommen mußte. Wenn die Herren von Verlepsch, von Rottenburg, Rösicke, Friederichs usw. das Verständnis dafür verloren haben, daß diese Art der sozialreformerischen Wirksamkeit Gift ist und Gift bleibt für unser Volk, und daß jede Schonung und Nachsicht gegen sie eine Sünde ist an seinem sozialen und nationalen Gedeihen, dann wird die neue Genossenschaft, des sind wir sicher, nichts nützen, aber viel schaden.

Wir werden also abzuwarten haben, wie die Herren sich in ihrem Organ stellen werden. Glauben sie wirklich in der Sozialen Praxis nach wie vor der sozialdemokratischen Propaganda Gelegenheit geben zu müssen, sich zu bethätigen, und durch etwas kathedersozialistische oder nationalsoziale Verwässerung dem Gift die Schärfe nehmen zu können, so wird der Vorwärts das Blatt ganz ebenso als erwünschten Bundesgenossen begrüßen dürfen, wie es die Zeit thut. Wer nicht wider mich ist, der ist für mich und wirbt für mich, das wissen die Sozialdemokraten ganz genau. Vermutlich wird das Dogma von der Allheilwirkung der Organisation und Koalition auch von der neuen Genossenschaft in besondern Ehren gehalten werden, der Organisation der Handwerker wie der der Arbeiter, des Mittelstandes wie des vierten Standes. Hier harren unzweifelhaft zahllose Keime heilloscr Verirrung und Verwirrung der Befruchtung. Quod licet Jovi, non licet bovi, das gilt für die Organisation des Mittelstandes und noch mehr für die der Arbeiter. Zünftlerturn und Gewerkschaftszwang haben sehr viele Verilhrungspunkte, und wer der Schuzmannsfrau verbietet, zu Hause Hosen zu nähen, der unterscheidet sich sehr wenig von dem, der dem Schlosser verbietet, Klempnerarbeit zu machen, auch wenn er sie zur Zufriedenheit der Kunden machen kann. Herr von Verlepsch ist von den preußischen Zünftlern, abgesehen etwa von den Bäckermeistern, in den Himmel gehoben worden, im allgemeinen aber dürfte bisher bei seinen Genossen wenig Sympathie, ja kaum einiges Verständnis für das Handwerk vorhanden gewesen sein; daß Fabrikarbeit und Großbetrieb vorzuziehen seien,

gehörte zu den Glaubenssätzen dieser Kreise, so verständig sich auch der Genosse Dr. Voigt in seinem dem Verein für Sozialpolitik erstatteten Gutachten über die Lage des Kleinengewerbes in Karlsruhe erst vor zwei Jahren darüber ausgelassen hat. Man darf darauf gespannt sein, wie es Herrn von Berlepsch gelingen wird, das neue Schifflein zwischen den Klippen egoistischen Zunftgeistes rechts und links hindurchzuführen.

Aber auch in der Agrarpolitik und in dem Agrarsozialismus harren der neuen Genossenschaft manche böse Schlingen. Wir wollen hier ganz absehen von den agrarsozialistischen Dünsten der Oldenbergschen Retorte, schon die Seringsche Bauernretterei wird den Genossen der Sozialen Praxis, arges Kopfzerbrechen machen. Einig in dem Gespensterglauben an die infernalische Persönlichkeit des mobilen Kapitals werden sie gar nicht umhin können, dem Auerberrecht, der Unverschuldbarkeit, der Unverteilbarkeit usw. des Grund und Bodens sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen auf Kosten der Menschen und ihrer wirtschaftlichen Freiheit. Die Vernichtung der Großgrundbesitzer braucht man zunächst nicht mit Göhrlicher Plumpheit zu predigen, die Schwärmerei für den „Bauern,“ von dem man selbst nicht weiß, was man damit meint, reicht vorläufig aus, um die Unklarheit, die Verworrenheit und Unmöglichkeit der sozialen Anschauungen und Wünsche haushoch zu steigern und den sozialistischen Fortschritt der Reaktion bedenklich näher zu bringen. Wie wird die neue Genossenschaft sich um diese, die agrarischen Schlingen, herumzudrücken wissen? Und wie wird sie sich zu dem leibhaftigen Gottseibeimus unsers kapitalistischen Sündenpuhls, dem Handel stellen? Herr von Berlepsch ist preussischer Handelsminister gewesen, aber vertreten hat er den Handel unsers Wissens niemals. Die Kreuzzeitung kann in dieser Beziehung ebenso wie in der Zunftfrage den ersten Vorsitzenden der neuen Genossenschaft vorläufig mit einer gewissen Genugthuung begrüßen, wenigstens mit ebenso viel Recht, wie sie Oldenbergs evangelisch-soziales Programm des wirtschaftlichen Rückschritts mit Freuden begrüßt hat.

Wir mögen uns die neuen Genossenschafter ansehen, von welcher Seite wir wollen, überall Zweifel und Unsicherheit darüber, was sie leisten wollen, was sie leisten werden. Die Berufung auf die kaiserliche Botschaft vom Februar 1890 hilft uns gar nichts; nicht einmal das erfahren wir daraus, ob sie selbst glauben, sich damit in Gegensatz zu stellen zu der kaiserlichen Sozialpolitik von heute. Und es kann auch gar nicht anders sein. Solange die Herren von Berlepsch, Rottenburg und Genossen nicht klipp und klar den Beweis gebracht, uns nicht unzweideutig überzeugt haben, daß sie mit dem Grund- und Hauptirrtum des modernen Sozialismus links und rechts gebrochen haben, mit dem Wahne, daß der sozialen Verkommenheit unsrer Zeit noch wesentlich durch Gesetzesparagrafen abgeholfen werden könne, ohne daß der Einzelne in seinem persönlichen Verhalten auch nur um ein Jota von dem Grundsatz des manchesterschen Eigennuzes abzulassen nötig habe oder dazu überhaupt noch imstande wäre, solange sie uns nicht überzeugt haben, daß sie mit diesem sündhaften, freilich für alle Teile zunächst sehr bequemen staatssozialistischen Aberglauben vom „praktischen Christentum“ im Sinne des alten Kurzes fertig sind, ehe das geschehen ist, kann uns nur Zweifel und Mißtrauen gegen Plan und Erfolg erfüllen. Die himmelhohe Überschätzung der materialistisch-politischen Seite der sozialen Frage und die völlige Preisgebung des moralisch-individuellen Verhaltens von Arm und Reich, von Arbeiter und Unternehmer, das ist, wovon wir „verfeucht“ sind. Hier reichen sich Sozialdemokratie und Reaktion die Hand zum Umsturz alles Gefunden. Man will durch Vernichtung der persönlichen Freiheit den materiellen Eigennuz befriedigen, statt den einzelnen wieder zur freien Bethätigung der Nächstenliebe zu erziehen, man will die lebendige Pflächtersfüllung des Einzelnen

durch den papiernen Zwang gegen das sogenannte Ganze ersetzen, man will die soziale Wohlfahrt allein im Mammonsdiensft sicher stellen, wo doch nur im Gottesdienst, in der religiös-sittlichen Haltung des Einzelnen die rechte Sicherheit gefunden werden kann. Wir fürchten, daß diese Wahnvorstellungen in der neuen Genossenschaft zunächst viel eher werden gehegt und gepflegt, als bekämpft und ausgerottet werden, und deshalb können wir vorläufig in ihr weder gegen die Sozialdemokratie, noch gegen die Reaktion ein Bollwerk sehen. Vielleicht wird sie beiden brauchbare Rekruten drillen. Gebe der Himmel, daß wir zu schwarz sehen. Uns hier geirrt zu haben, würden wir mit aufrichtiger Freude eingestehen. ß.

Österreichisches. Unser schwarzgelber Bruder ist in dem Stadium des Siechtums angelangt, wo man nichts mehr hofft und sich nur noch aus Teilnahme oder aus Interesse von Zeit zu Zeit Bericht erstatten läßt. Wir werfen zuerst einen Blick — der Leser verzeiht wohl den kühnen Sprung aus dem einen Wilde in ein andres mit ihm ganz unverträgliches — auf den südlichen Kriegsschauplatz, wo es verhältnismäßig ruhig zugeht. Hier besteht die Tragikomik der Verwicklung darin, daß jede der deutschen Parteien den übrigen den deutschen Charakter abspricht. Die Merikalen, heißt es, sind eben römisch und nicht deutsch; die Christlich-sozialen sind des Merikalismus mindestens stark verdächtig — und diesen beiden Parteien gehören nun die meisten Handwerker und Alpenbauern an —, die Schönerianer sind Phantasten und Vaterlandsverräter, die liberalen Deutschen sind überhaupt keine Deutschen, sondern Juden, und die deutsch redenden Arbeiter sind internationale Sozialdemokraten, erheben auch gar nicht den Anspruch, deutsche Interessen zu vertreten. Und nicht genug an diesem Chaos, mußten die beiden Parteien, die am deutschesten aussehen, auch noch die Hanswurftiade Schönerer-Bergani aufzuführen. Die sittliche Entrüstung der Liberalen und der Sozialdemokraten über die Veruntreuungen, deren sich Bergani als Bürgermeister von Mühlendorf schuldig gemacht haben soll, ist freilich so lächerlich wie möglich, doppelt lächerlich in dem Staate der großartigen Trinkgelder; es handelt sich um eine kreuzerweiße zusammengeläpperte lumpige Summe, und da Bergani seinerzeit auf weit höhere Summen, die ihm zustanden, zu Gunsten der Gemeinde verzichtet hat, so ist es klar, daß ihm nicht Unterschlagung aus Habgucht, sondern nur Schlamperie vorgeworfen werden kann. Aber sogar reichsdeutsche Zentrumsblätter gestehen zu, daß die übrigen Dinge, die in der Verhandlung enthüllt worden sind — wie Bergani unter der Maske eines begeisterten Anhängers des Ritters von Schönerer mit dessen und der Parteigenossen Gelde das Deutsche Volksblatt gegründet hat und durch dieses ein reicher Mann geworden ist —, den antisemitischen Parteiführer als einen Geschäftspolitiker von wenig ehrenwertem Charakter erscheinen lassen.*) Und wenn der Mann durch diese Enthüllungen bei der Partei, die sich den Kampf gegen Korruption und jüdische Geldmacherei zur Aufgabe gestellt hat, nicht unmöglich geworden ist, wenn ihm sogar die Partei durch ihre beiden Häupter, den Dr. Lueger und den Prinzen Liechtenstein, ihrer unveränderten und unerschütterten Hochachtung versichern läßt, so wird niemand mehr von dieser Partei heldenmütige Geisteskämpfe, großartige Reformen und die Wiedergeburt Österreichs erwarten.

*) Er muß auch ein unangenehmer Mensch sein. Der Angeklagte Wolf sagte vor Gericht unter andern aus, der Herr Chefredakteur sei gewöhnlich in Unterhosen und offenem Hemd in der Redaktion erschienen und habe seinen Anzug auch dann nicht vervollständigt, wenn Damen anwesend waren.

Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz ist man zum Holzkomment übergegangen. Ganz so blutig wie in den Zeitungen wird es ja in der Wirklichkeit nicht zugehen; die beiderseitigen Berichte sind offenbar übertrieben. Die Wiener Arbeiterzeitung spottet: die Böhmen hätten das Lebenselixir gefunden und sich Unsterblichkeit angetrunken; hier überfielen dreißig deutsche Wütriche einen tschechischen Patrioten, träten ihn mit ihren Füßen zu Brei, bewürfen ihn mit achtzigpfündigen Hanteln, der Tscheche aber begeben sich auf die Polizei, wo er von zehn Polizisten mit Säbeln zerhauen werde, und ziehe sich dann, so vielfach ermordet, ins nächste Wirtshaus zurück, um sich zu erquicken; dort werde ein deutscher Jüngling, der sich erküht habe, ein tschechisches Wirtshaus zu betreten, von den fanatischen Tschechen zum Fenster hinausgeworfen, durch den Straßenkot geschleift, in den Teich gestoßen, von Rähnen umzingelt, mit Felsblöcken überschüttet, und auf der Flucht, die ihm trotz alledem gelingt, gehe es ihm noch in zwei andern Dörfern ebenso. Aber, so übertrieben die Berichte auch sein mögen, daran ist nicht zu zweifeln, daß Gewaltthätigkeiten verübt werden. Die Sprachenfrage kann nun offenbar auf diesem Wege nicht gelöst werden, auf einem andern aber auch nicht, wie das Scheitern des von Badeni unternommenen Ausgleichsversuchs beweist. Optimisten meinen freilich, daran sei nur die Person Badenis schuld; dieser werde doch nun hoffentlich endlich einmal gehen, und sein Nachfolger werde die Sache schon fertig bringen. Und wahr ist's ja, daß sich die Deutschen mit einem Manne, dem sie so unverhohlen und in so starken Ausdrücken ihren Haß und ihre Verachtung kund gegeben haben, gar nicht in Unterhandlungen einlassen können; wahr ist auch, daß dem gegenwärtigen Leiter der westlichen Reichshälfte zum Staatsmann nicht weniger als alles fehlt. Der einzige Befähigungsnachweis, den er als Statthalter von Galizien gebracht hatte, bestand darin, daß er alle Bauern einsperren und sonst bestrafen ließ, die keine Schlachzizen zu Land- und Reichstagsabgeordneten wählen wollten, und diese Kunst reicht für einen großen Staat, wo es außer den Wahlen noch andre Geschäfte zu besorgen giebt, nicht hin. Allein so unzweifelhaft es auch feststehen mag, daß Badeni nicht der rechte Mann ist, so fest steht es zugleich, daß es einen rechten Mann überhaupt weder giebt noch geben kann, denn auch der genialste Staatsmann vermöchte das unmögliche nicht möglich zu machen. Um den nationalen Frieden herzustellen, müßte die Regierung die Deutschen entweder zur Herrschaft oder durch Unterdrückung zum Schweigen bringen; sie sind aber zu schwach zum Herrschen, und doch noch zu stark und als Kulturträger der Regierung zu unentbehrlich, als daß diese daran denken könnte, sie zu unterdrücken.

Vorausgesetzt wird bei diesen Unmöglichkeiten, daß die Nationalitäten und Parteien einen thätigen Bestandteil des Staatslebens bilden. Daher liegt der Gedanke nahe, ob sich nicht die Rückkehr zum Absolutismus empfehle, da ein absoluter Monarch — theoretisch wenigstens — die Macht hat, die Kämpfenden zur Ruhe zu verweisen und jedem Element im Staate die Schranken seiner Wirksamkeit zu ziehen, jedes auch nach Belieben und Bedarf für den Staatszweck zu verwenden. Eine solche Reaktion würde um so unbedenklicher erscheinen, als die Parlamente — in Oesterreich und auch anderwärts — für gewöhnlich nur Scheinvertretungen des Volkes sind, da die Regierungen in ihnen allezeit eine gehorsame Mehrheit finden, wenn sie nur — was ja in ihrem eignen Interesse liegt — die Interessen der Besitzenden wahren. Die Sache geht jedoch schon darum nicht, weil Oesterreich aus zwei Reichshälften mit selbständigen Finanzen besteht, und weil zwischen diesen eben jetzt über den Ausgleich, d. h. über die Vereinbarung des Beitrags verhandelt wird, den jede der beiden Hälften zu den gemeinsamen Staatsausgaben zu leisten

haben soll. Abgesehen davon, daß sich der eine Kaiser nicht in zwei mit einander verhandelnde Hälften teilen kann, bietet eine einzelne Person, und sei es die eines großen Monarchen, keine hinreichende Bürgschaft für die innehaltung von Verträgen, bei denen es sich um Hunderte von Millionen handelt; die absoluten Monarchien der jüngst vergangnen Jahrhunderte sind zunächst an finanziellen Schwierigkeiten gescheitert, und ein Staat, der einmal das schwere Werk vollbracht hat, die auf der Spitze stehende Finanzpyramide umzulehren und auf ihre Grundfläche zu stellen, kann nicht mehr daran denken, in die verkehrte Lage zurückzuzulüchten. Also parlamentarisch oder wenigstens konstitutionell muß gerade im gegenwärtigen Augenblicke regiert werden, und da tritt denn noch die neue Schwierigkeit hinzu, daß Ungarn den Ausgleich mit einem reaktionären Eisleithanien nicht abschließen will, dessen Regierung aber eine andre als eine reaktionäre Reichstagsmehrheit unter den obwaltenden Umständen nicht zu stande bringt, obwohl sie den besten Willen hat, die „Judenliberalen“ in die Mehrheit aufzunehmen. Welcher Art der ungarische Liberalismus ist, daß er nicht etwa die Freiheit für alle, auch für die Arbeiter und die Frohnbauern will (in diesem Punkte ist die „liberale“ ungarische Regierung die illiberalste von ganz Europa), sondern sich nur gegen die Vorherrschaft der Alexikalen, Antisemiten und Slawen sträubt, weil dadurch die Opposition der Geistlichen, der Antisemiten und Slawen Ungarns gestärkt werden würde, die die herrschende magyarisches-jüdische Minderheit bedroht, das braucht ja nicht weitläufig erklärt zu werden. Daß die Abneigung gegenseitig ist und die Wiener Antisemiten jedem Zugeständnis an die „Judäomagyaren“ widerstreben, erleichtert die Verhandlungen natürlich auch nicht. Es ist ein hübscher weltgeschichtlicher Scherz, daß es die von der Regierung und von allen Parteien gleich sehr gehaßten und gefürchteten Sozialdemokraten sind, die im Augenblick die Grundlagen des Kaiserstaates verteidigen. Während die Nationalität für die Grundlage des heutigen europäischen Staatensystems gehalten wird, bildet sie im Donaufstaate gerade das zersetzende Element, und dessen Fortdauer hängt davon ab, wie weit sich seine Unterthanen zur Verleugnung ihrer Nationalität bewegen oder zwingen lassen. Da reichen nun die Sozialdemokraten mit höhnischem Lächeln die hilfreiche Hand und sagen: wir sind ja international! Wir bieten die Grundlage dar, die ihr braucht! Natürlich — in mehr als einer Beziehung natürlich — mag die Regierung von dieser Hilfe nichts wissen. Ein Friedensmeeting, das die deutschen und die tschechischen Arbeiter am 22. August in dem aufgeregten Pilsen abhalten wollten, um gegen den Nationalitätenstreit zu protestieren, ist von der Polizei verboten worden, und es wäre ein Wunder, wenn sie die große Arbeiterversammlung, die zu demselben Zwecke am 4. und 5. September in Prag abgehalten werden soll, nicht auch verböte.

So wird denn also der leitende Staatsmann Eisleithaniens, wie er auch heißen mag, aufs Fortwursteln angewiesen bleiben, und jede der verschiedenen Lagen, die sich in Zukunft noch aus dem wechselnden Glück der kämpfenden Parteien ergeben mag, wird ein unberechenbares Zufallsprodukt sein.

Zur Wassergesetzgebung. Gut Ding will Weile haben. Es wird jetzt etwa zwanzig Jahre her sein, daß die Wasserfrage zum erstenmale in den öffentlichen Blättern sehr lebhaft erörtert wurde. Vielsach wurde die Ansicht geäußert, die bisherigen Flußregulierungen hätten durch die Geradelegung der Flußläufe die Überschwemmungsgefahr erhöht; gründlich beseitigt werden könne sie nur durch Anlage von Sammelbecken in den Quellgebieten und durch Aufforstung entholzter Gebirge. Nach jeder Überschwemmung hat sich diese Debatte wiederholt, aber ge-

sehen ist nichts entscheidendes, man hat fortgefahren, vereinzelte kleine Fluß- und Bachstrecken in der alten Weise zu reguliren. Doch ist wenigstens ein Ausschuß eingesetzt worden, der nach Zeitungsmeldungen zunächst die Frage, ob die Überschwemmungen der Jahre 1888/90 mit der Regulirung der schiffbaren Ströme in ursächlichem Zusammenhange stehen, „in wesentlichen negativ beantwortet,“ und dann die Wasserverhältnisse der Stromgebiete zu untersuchen begonnen hat; diesen Sommer ist er mit der Bereisung der Oder und eines Theiles ihrer Nebenflüsse fertig geworden. Das letzte Hochwasser wird hoffentlich den Gang der Untersuchung beschleunigen. Die Berliner Politischen Nachrichten haben vor kurzem ausgeführt: es komme bei einem zu erlassenden Wassergesetze zweierlei in Betracht, die Wassernutzung und die Verminderung der Hochwassergefahr durch Zurückhaltung des Wassers im Quellgebiet. Thalsperren dienen oft beiden Zwecken, und auch andre Anlagen könnten für beides nutzbar gemacht werden. Der im Jahre 1893 veröffentlichte Entwurf eines Wassergesetzes habe jedoch den zweiten Zweck ausgeschlossen, weil die Sache wegen ihrer großen rechtlichen Schwierigkeiten noch nicht für die Lösung reif schien. Jetzt nun habe sich die Regierung durch die jüngste Wasserkrise gedrängt gesehen, zu erwägen, „ob nicht bei der im Gange befindlichen Revision jenes Gesetzgebungsplanes die Frage der Zurückhaltung des Wassers im Quellgebiet in den Rahmen dieser Arbeit einbezogen werden soll,“ und das Blatt fügt hinzu: „die Entscheidung dürfte im positiven Sinne erfolgt sein.“ In die Debatte greift auch der Bairische Land- und Forstwart, Organ des anerkannten Vereins für Verbesserung der Wasserstandsverhältnisse im Regierungsbezirk Mittelfranken, mit einem sehr beachtenswerten Artikel in Nr. 8 ein. Darin wird hervorgehoben, daß zweckmäßige Einrichtungen zu der Verhütung von Überschwemmungen zugleich dem nach jeder Überschwemmung folgenden Wassermangel abhelfen, also eine regelmäßige und stetige Wasserversorgung bewirken würden. Ferner: daß ein Reichswassergesetz nicht genüge, sondern ein internationales notwendig sei, weil mehrere deutsche Ströme mehreren Staaten angehören, und das Wasser „in seinem ewigen Kreislauf keine Landes- und Hoheitsgrenzen und ebenso wenig die sehr von einander abweichenden wassergesetzlichen Vorschriften der Einzelstaaten respektirt.“ Für das zu erlassende Reichswassergesetz empfiehlt er als Muster das bairische Wassergesetz vom 28. Mai 1852, das alle schiff- und flößbaren Flüsse für öffentliche Gewässer erklärt und dem Staate auch sehr weitgehende Rechte über die Privatflüsse und Bäche einräumt. Endlich empfiehlt er die Anlage von wasserwirtschaftlichen Mustervanlagen, die auf Staatskosten vom Militär ausgeführt werden sollen, das ja auch schon zu der Bekämpfung von Wasserkröten und zu den Wiederherstellungsarbeiten in weitem Umfange verwendet wird. Das würde noch außerdem die wohlthätige Wirkung haben, „daß die Mannschaften die während ihrer Dienstzeit erlangte Befähigung zu der Ausföhrung wasserwirtschaftlicher Verbesserungen in der Heimat gewiß auch entsprechend verwerten, und daß die sichern Erfolge dazu beitragen werden, die Landbevölkerung von dem Zuge in die Städte zum beiderseitigen Wohle für Stadt und Land abzuhalten.“ Der Verfasser hat uns gebeten, zur Verbreitung seiner Vorschläge in weitem Kreise beizutragen und auf den Artikel des Land- und Forstwarts aufmerksam zu machen, was wir hiermit gern gethan haben.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig